Saskatchewan Courier

Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd.

Redaktion und Expedition: Hamilton Str., Regina, Sask. P. O. Box 505. - Telephon 657.

Abonnementspreis:

In Canada	$1.00
In den Ver. Staaten	$1.50
In Europa	$2.00

Korrespondenzen, Mitteilungen, Anzeigen und Aenderungen stehender Anzeigen müssen spätestens bis Sonnabend Abend eintreffen, wenn dieselben nach Aufnahme in der folgenden Nummer finden sollen.

Adressenänderungen von Lesern sollten uns sofort mitgeteilt werden, desgleichen sind die Abonnenten gebeten, die Expedition sofort zu benachrichtigen, falls ihr Blatt ausbleibt oder Verzögerung in der Zustellung vorkommt, damit dieselbe darüber bei der Post Erkundigungen einziehen und Abhilfe schaffen kann.

Korrespondenzen und Mitteilungen aus allen deutschen Kreisen und Ansiedlungen finden jederzeit gerne Aufnahme. Ständige Korrespondenten überall gesucht.

Ausland.

Deutsches Reich.

Das Auswärtige Amt hat seit mehreren Wochen versucht, den genauen Zeitpunkt in Erfahrung zu bringen, wann der frühere Präsident Roosevelt erwartet; nach Deutschland zu kommen; aber es ist noch vollständig über seine Pläne im Dunkeln. Es ist überall angekündigt worden, daß Herr Roosevelt am 28. April nach Berlin kommen wird; aber wenn dies der Fall ist, so ist doch amtlich hierüber nichts bekannt. Die Situation ist etwas unangenehm, da die Frühjahrspläne des Kaisers in der Zwischenzeit nicht arrangiert werden können, weil Kaiser Wilhelm wünscht, in seiner Hauptstadt zu sein, wenn sein Gast dort eintrifft.

Amtliche Depeschen sind an Herrn Roosevelt abgeschickt worden mit Instruktionen, daß sie so schnell wie möglich weiter befördert werden sollen. Eine Antwort von ihm, in welcher er seine Absichten kundtut, wird jeden Tag erwartet.

Herr Roosevelt wird, wie es heißt, der persönliche Gast des Kaisers sein. Ob dem ehemaligen Präsidenten dieselben Ehren zuteil werden sollen, wie sie gewöhnlich dem Oberhaupt einer Regierung zuerkannt werden, ist eine Frage, welche häufig in der Presse erörtert wird. Daß Herr Roosevelt in dieser Weise empfangen werden wird, wird von einer Nachrichtenagentur entschieden in Abrede gestellt. Diese Agentur erklärt, daß, wie sehr der Kaiser auch wünschen möchte, seinen Gast alle erdenklichen Ehren zu erweisen, er ihn doch nicht persönlich auf dem Bahnhof begrüßen oder einen königlichen Prinzen zu seinem Empfange absenden könne, denn dies würde eine zu große Abweichung von der Staatsetikette sein. In einem editoriellen Artikel heißt es, der Kaiser müsse Rücksicht auf Präsident Taft nehmen und nicht, zu demonstrativ seine Achtung vor dem Vorgänger des Präsidenten zeigen.

Großes Interesse in Luftschifferkreisen erregt eine Ballonfahrt, die laut telegraphischer Meldung aus der Schweiz der preußische Oberleutnant Holthoff, Erzieher am Kadettenhaus in Plön, mit dem deutschen Ballon „Berlin" unternommen hat. Oberleutnant Holthoff ist von St. Moritz aus aufgestiegen, um die Alpen zu überqueren, und ist glücklich auf italienischem Boden bei Mailand gelandet.

— Einer eingehenden Besichtigung hat der Kaiser die in Reinickendorf unweit Berlin gelegene Fabrik zur Herstellung von Aeroplanen des Systems Wright unterzogen. Nach der Rückkehr ins Schloß erließ der Monarch die Anordnung, daß sich die Offiziere mit besonderem Eifer darauf verlegen sollten, die Kunst des Aeroplan-Fliegens zu lernen. Hauptmann Engelhart, der Schüler Wright's, wird als Lehrer fungieren.

Mit Genehmigung des Kaisers macht der Marine-Attache der amerikanischen Botschaft in Berlin, Leutn.-Commander Belknap, weitere Probefahrten des neuen Turbinen-Kreuzers „Main" mit. Das jüngste Fahrzeug der deutschen Marine, welches sich so glänzend bewährt hat, hält mit seiner vor einer Woche erreichten Geschwindigkeit von 29.6 Knoten pro Stunde noch immer den Rekord. Ueber die Leistungen des Turbinenkreuzers, der kontraktlich nur eine Geschwindigkeit von 25 Knoten zu erzielen brauchte, herrscht in maßgebenden Kreisen begreiflicherweise die größte Genugtuung.

— Die für letzten Sonntag von den Sozialisten zum Protest gegen die unzulängliche Wahlreformvorlage der preußischen Regierung einberufenen Massenversammlungen waren in Berlin wie überall im Reich außerordentlich stark besucht. Ueberall wurden Resolutionen gegen die Vorlage gefaßt. In Groß-Berlin allein haben nicht weniger als dreiundvierzig Versammlungen stattgefunden.

Abgesehen von der Androhung von Waffengebrauch bei „Widerstand gegen die Staatsgewalt", hatte die Polizei die umfassendsten Maßregeln getroffen. Zeigte schon das Plakat, daß die Behörden gesonnen waren, auf's entschiedenste vorzugehen, so wurde dieser Eindruck durch ein gewaltiges Aufgebot von Schutzleuten zu Fuß und zu Pferde noch beträchtlich erhöht. Alles deutete darauf hin, daß man von seiten der Behörden gerüstet war, selbst den schwersten Krawallen entgegen zu treten. Das Militär war für den ganzen Tag in den Kasernen konsigniert. Die Soldaten hatten scharfe Patronen mit gemessenen Ordres zu ihrer Verwendung erhalten.

Besonders bewacht wurde das kgl. Schloß und das Reichskanzlerpalais, wo in erster Linie Tumulte erwartet wurden. Das Schloß war militärisch besetzt, und zur Reserve waren im Marstall zwei Schwadronen Gardedragoner installiert. Um das Reichskanzlerpalais war ein undurchdringlicher Polizeikordon gezogen. Weder am Schloß, noch in der Wilhelmstraße ergab sich jedoch Veranlassung zu ernsterem Eingreifen. Im Innern der Stadt beschränkte sich die Tätigkeit der Polizei hauptsächlich darauf, die Mengen in Ordnung zu halten, die nach Schluß der Versammlungen aus den verschiedenen Versammlungslokalen strömten. Kolossale Massenzüge, welche singend die Straßen durchwanderten, wurden durch die Schutzmannschaft abgelenkt, so daß Demonstrationen vor dem Schloß und dem Reichskanzlerpalais, selbst wenn sie geplant waren, vereitelt wurden.

In den Außenbezirken ist es stellenweise zu bedenklichen Tumulten gekommen. In Rixdorf wurde ein Polizeileutnant durch Steinwürfe schwer verletzt. Die Menge wurde mit flacher Klinge auseinandergetrieben.

Am Kronprinzen-Ufer versuchte die Volksmenge mit gewaltigem Ansturm die Polizeikette zu durchbrechen. Die Beamten sahen sich genötigt, blankzuziehen, und drei der Demonstranten wurden durch Säbelhiebe schwer, eine große Anzahl leichter verletzt.

Im Humboldthain wurden unter freiem Himmel öffentliche Ansprachen gehalten. Wenigstens fünfzigtausend Personen hatten sich angesammelt.

In den anderen Stadtbezirken ging es ruhiger zu. Ueberall aber hat die Beteiligung an den Demonstrationen alles bisher in Deutschland Dagewesene ähnlicher Kundgebungen übertroffen.

Die Versammlungen in den Provinzstädten waren ebenfalls von gewaltigen Massen besucht. Blutige Zusammenstöße ereigneten sich in Duisburg, Halle, Kiel, Königsberg und Neumünster-Holstein. Ueberall wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

— In der Kammer der Reichsräte des bayerischen Landtags hat sich, wie aus München gemeldet wird, eine lebhafte Duell-Debatte abgespielt. Freiherr von Cramer-Klett wies auf England als Muster hin und erklärte, die bayerische, bezw. deutsche Armee solle ihren Kriegsruhm durch eine Kulturtat vermehren, indem sie den Duellunfug ausmerze.

Der Kriegsminister General d. Inf. Freiherr v. Horn erwiderte, die Aufforderung müsse sonderbar erscheinen, so lange weite Kreise den Verzicht auf Wahrung der persönlichen Ehre in Fällen von schwerer Beleidigung als Mangel an persönlichem Mut betrachteten.

Prinz Georg von Bayern stimmte dem Kriegsminister rückhaltlos zu. Den gleichen Standpunkt nahm Fürst Emich zu Leiningen ein, der ein Großneffe des Königs Edward von England und ein Vetter des Großherzogs Friedrich von Baden ist. Er entgegnete dem Freiherrn von Cramer-Klett, seine eigene Erfahrung lasse die deutschen Verhältnisse dem englischen Faustrecht vorziehbar erscheinen.

— Die Aufmerksamkeit der regierenden und parlamentarischen Kreise beschäftigt auch ein Vorfall, der sich soeben in der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags abgespielt hat. Der Zentrumsabgeordnete Osel erging sich in einem Angriff auf die preußische Besteuerung des bayerischen Biers. In seiner Philippika versteg er sich zu dem Ausspruch, es sei unerträglich, daß Preußen die Macht des Stärkeren zu dem Ende benütze, An Preußens Bundesfreundlichkeit sei kaum mehr zu glauben.

Als der Redner soweit gekommen, bielt es der Präsident der Kammer, Dr. v. Orterer, für angezeigt, einzugreifen. Er erklärte, daß Osel mit seinem Ausfall bis an die äußerste Grenze gegangen sei.

Darnach ergriff Finanzminister v. Pfaff das Wort. Er beschränkte sich jedoch nur auf die Konstatierung der Tatsache, daß Preußen allerdings pro Hektoliter Bier fünfundzwanzig Kilogramm Malz versteuere, obwohl höchstens einundzwanzig Kilogramm zu jenem Quantum verwendet würden. Er hoffe, nach der bevorstehenden Einführung der Gewichtssteuer für Malz die genauen Ziffern zu bekommen. Dann werde er in der Lage sein, das gute Recht Bayerns zu wahren.

— Ein schreckliches Los ist einem wackeren Seemann in Diensten der „Hamburg-Amerika-Linie" beschieden gewesen. Laut Meldung aus Hamburg ist der erste Offizier Witt vom Hapag-Dampfer „Blauen" während eines heftigen Sturmes in australischen Gewässern über Bord geschleudert und von Haifischen verschlungen worden.

An eine Rettung des Unglücklichen war nicht zu denken. Die erschütternde Tragödie spielte sich binnen weniger Augenblicke ab. Das Unheil ereignete sich, als das Schiff zweihundert Seemeilen von Sydney, Neusüdwales, entfernt war.

Oesterreich-Ungarn.

— Die Untersuchung gegen den Oberleutnant Adolf Hofrichter wegen Absendung der „Cyankali-Briefe" nähert sich ihrem Ende. Das in Händen der Behörden gesammelte Material läßt wenig Hoffnung für den Angeklagten übrig.

Das Verhör von fünfzig Zeugen ergab einen vollkommenen Schuldbeweis. Auch die Quelle, aus der Hofrichter sich das tötliche Gift verschaffte, dem ein österreichischer Offizier zum Opfer fiel, ist festgestellt.

Wenn es der Verteidigung nicht gelingen sollte, eine Unzurechnungsfähigkeit des Angeklagten nachzuweisen, so dürfte es für diesen keine Möglichkeit geben, der vollen Strenge des Gesetzes zu entgehen. Vorläufig haben die Bemühungen eine Geistesstörung geltend zu machen, noch keinen Erfolg gehabt.

— Der gemeinsame Minister des Aeußern, Frhr. v. Aehrenthal, hat die Kroninetsminister in einer zu diesem Zwecke anberaumten Konferenz über den Stand der schwebenden Fragen der österreichisch-ungarischen Auslandspolitik informiert.

Insbesondere hat der Leiter der Auslandspolitik die Minister von dem Inhalt und Verlauf der Besprechungen in Kenntnis gesetzt, die im Sinne einer Annäherung mit Rußland bisher gepflogen worden sind, und in jüngster Zeit so vielfachen Anlaß zu lebhaften Erörterungen gegeben haben.

Rußland.

— Von einem Teil der Auslandpresse ist die unsinnige Nachricht aufgetischt worden, Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch, der im Distrikt von St. Petersburg stationierten Truppen befehligt, sei beim Begräbnis des Großfürsten Michael so wütend über die Insolenz eines Offiziers geworden, daß er seinen Säbel gezogen und dem Aufbegehrenden, der, um seinen Kopf zu schützen, den Arm erhoben hatte, mit einem Hiebe die Hand vom Rumpf getrennt habe. Natürlich ist an der Geschichte absolut nichts Wahres; sie mag indessen dadurch entstanden sein, daß der Großfürst an dem Tage des Begräbnisses nicht weniger als etwa vierzig Offizieren verschiedenen Ranges deswegen einen Verweis erteilen mußte, weil sie sich zu der Gelegenheit in Uniformen eingefunden hatten, die allen Reglements des Dienstes und der Disziplin geradezu Hohn sprachen, unordentlich, ja zum Teil von Schmutz starrend waren. Sechsunddreißig der Gemaßregelten wurden vom Großfürsten in zweiwöchentlichen Arrest geschickt, was die Betreffenden um so schlimmer empfanden, als St. Petersburg sich um damalige Zeit auf der Höhe der Saison befand und eine Festlichkeit die andere jagte. Da sie faul und sonders Garderegimentern angehörten und Rollen in der Gesellschaft spielten, so läßt sich ihre Stimmung über die vermeintliche Härte des Großfürsten denken, und auf diese Weise mag die Geschichte über die Brutalität des letzteren ihren Ursprung gefunden haben.

— Im Zustand der an hochgradiger Nervenzerrüttung leidenden Zarin ist eine so ernste Verschlimmerung eingetreten, daß eine völlige Umnachtung des Geistes der Herrscherin befürchtet wird. Sie erkennt angeblich ihren Gemahl und ihre Kinder nicht mehr und verbringt ihre Tage in dumpfem Hinbrüten.

Als die Herrscherin von der Krim nach Zarskoje-Selo zurückkehrte, schien ihr körperliches Befinden vorzüglich zu sein. Unter dem Einfluß des ungünstigen Klimas und infolge anderer Ursachen kam jedoch ihr altes nervöses Leiden rasch wieder zum Durchbruch. Dasselbe äußerte sich zunächst darin, daß die Beine der Kranken, die durch die Arensburger Schlammbäder vollständig gekräftigt zu sein schienen, wieder die Bewegungsfreiheit verloren.

Der die Herrscherin behandelnde Leibarzt Prof. Dr. Botkin versicherte jedoch, daß keine Veranlassung zur Besorgnis vorliege und der Aufenthalt im Süden der Patientin wieder Genesung bringen werde. Trotz dieser beruhigenden Versicherungen verschlimmerte sich jedoch das Leiden der hohen Frau mehr und mehr. Sie wurde immer menschenscheuer und weltflüchtiger. Den Hofeitlichkeiten wohnte sie, da sie eine heftige Abneigung gegen alle weltlichen Dinge hat, schon seit Langem nicht mehr bei und vor einigen Wochen gab sie auch die gewohnten Spazierfahrten durch den Park auf, um sich ganz ihren Andachten und ihrer religiösen Lektüre widmen zu können. Als ihr geraten wurde, ausländische Spezialisten für Nervenkrankheiten zu konsultieren, wollte sie davon nichts hören. Ihre Krankheit wirkt naturgemäß auch auf den Zaren zurück. Dieser ist in der letzten Zeit selbst sehr nervös, ungehalten und schlechter Laune.

Holland.

Im Haag, 15. Feb. — In der ersten Kammer der Generalstaaten wandte sich heute der Minister des Aeußern van Swinderen in energischer Weise gegen die gestrige Erklärung des Kammermitglieds Baron van Heckeren, daß Kaiser Wilhelm mit einer Okkupation der Niederlande gedroht habe, falls diese nicht in einen ausgiebigen Verteidigungszustand England gegenüber gebracht würden.

Wie der Minister ausdrücklich konstatierte, hat Königin Wilhelmina weder von dem Kaiser noch von sonst jemandem in dessen Namen jemals ein diesbezügliches Schreiben oder eine Depesche oder eine mündliche Mitteilung erhalten. Der Minister schloß mit einer Anerkennung der häufigen Kundgebungen, mit welchen der Kaiser seiner Freundschaft für die Niederlande Ausdruck gegeben habe.

Großbritannien.

— Das dritte Parlament der Regierung von König Edward versammelte sich am Dienstag Nachmittag. Die Eröffnungszeremonie war von allereinfachstem Charakter, da alles Schaugepränge, welches mit der formellen Eröffnung verbunden ist, bis zum 21. Februar verschoben wird. In der Zwischenzeit werden die neuen Parlamentsmitglieder eingeschworen, und man will sich bemühen, soviel wie möglich die Hindernisse fortzuräumen, welche der Regierung im Wege stehen. Die Schwierigkeiten ergeben sich nicht nur aus den verschiedenen Interessen, von denen die Parteien, welche die Regierungskoalition bilden, bewegt werden, sondern entstehen auch durch Differenzen innerhalb der einzelnen Parteien über die besten Mittel, die großen Probleme zu lösen, welche durch den kürzlichen Appell an das Volk hervorgeführt wurden.

Seit langen Jahren hat die Eröffnung des Parlaments nicht mehr so gewaltiges Interesse beansprucht wie diesmal, denn selten waren die Probleme, von denen der Erfolg oder Fehlschlag der Regierung abhängt, so schwer zu lösen und die von allen Seiten drohenden Gefahren so groß. Selbst die begabtesten Parlamentsmitglieder gestehen die Schwierigkeit der Situation zu.

Das Resultat der Neuwahlen scheint so verwirrt, daß selbst die Presse, welche bisher die Regierung stets unterstützt hat, zugiebt, der Beweis dafür, daß die Regierung eine wirkliche Majorität hinter sich habe, könne erst geliefert werden, wenn das Unterhaus sich an die wirkliche Arbeit gemacht hat, und die Arbeiterdelegaten und Nationalisten bei der Debatte über die Thronrede ihre wahren Absichten zum Vorschein bringen.

Am Montag wurden folgende Ernennungen für das neue Ministerium bekannt gegeben:

Inneres, Winston Spencer Churchill;

Handel, Sydney Buxton;

Kanzler des Herzogtums Lancaster, J. A. Pease;

Generalpostmeister, Herbert Louis Samuel.

Das Kabinett war am Montag Nachmittag ungewöhnlich lange in Sitzung, und die vorliegenden Geschäfte waren noch nicht alle erledigt, als dasselbe sich bis Dienstag vertagte. Die Wahl im Kabinett wurde weniger zahlreich, als man erwartet hatte, da Premier-Asquith augenscheinlich in Anbetracht der unsicheren Aussichten für die Zukunft sich entschlossen hat, nur die allernotwendigsten Veränderungen vorzunehmen, und auch bei diesen handelte es sich nur um Versetzungen von einem Posten auf einen anderen, so daß keine Nachwahlen nötig werden.

— John E. Redmond, der neugewählte Präsident des Nationaldirektoriums der vereinigten irischen Liga, gab gelegentlich eines ihm zu Ehren am Donnerstag in Dublin veranstalteten Banketts ein wichtiges Pronunciamento seiner Politik. Nach der erfolgreichen Kampagne für Home Rule, die in Irland und England geführt worden sei, trete die irische Partei jetzt mit 72 Mitgliedern in das neue Parlament ein, einiger und deshalb mächtiger als irgend eine irische Partei in der Vergangenheit, und es dürfe niemals wieder dazu kommen, daß Mitglieder der Partei, die durch ihr Wort gebunden seien, ihrem Gelöbnis entgegentreten und die Politik der Partei kreuzen.

Redmond zollte dem Besuch O'Connors in Amerika hohes Lob, und ermahnte die Irländer, sich zu erinnern, daß die diesmalige irische Wahlkampagne mit den Geldern, die von Amerika und den Kolonien gekommen seien, durchgeführt worden sei. Der Himmel nur wisse, wann die nächste Wahl sein werde, aber die Irländer sollten dessen eingedenk sein, daß ihre Kräfte für die letzte nicht in Anspruch genommen worden seien.

Die Frage des Vetos des Oberhauses erklärte Redmond, sei für Irland die Frage von Home Rule, und die Wahl habe eine Mehrheit von 120 Stimmen gegen das Veto und für Home Rule ergeben. Er persönlich halte Premier Asquith für einen Mann von Wort und möchte ihn nicht durch die Andeutung beleidigen, daß er seine Erklärung über die Home Rule-Frage zurückziehen könnte. Falls die Regierung beabsichtigen sollte, erst das Budget durchzubringen und die Vetofrage zurückzustellen, so würde dies eine Politik sein, die Irland nicht annehmen könne noch wolle, wenn jedoch Asquith sein gegebenes Wort hätte, so habe er die Unterstützung der irischen Partei.

Frankreich.

— Die Regierung hat endlich eingesehen, daß für bei dem Kommerse, der zur Zeit zwischen ihr und dem französischen Klerus bezüglich der öffentlichen Schulen herrscht, den Kürzeren ziehen wird, falls sie noch länger Nachsicht und Nachgiebigkeit walten läßt. Sie hat beschlossen, von der Defensive zur Offensive überzugehen, und hat zu diesem Zweck in der Deputiertenkammer eine Vorlage eingereicht, durch welche die katholischen Schulen unter eine Art Regierungskontrolle gebracht werden sollen.

Die Maßnahme ist vorläufig noch in ziemlich milder Form eingebracht worden. Es soll diesen Privatschulen die Auffüllung des Bestehenden freigelassen bleiben, jedoch unter der Bedingung, daß dieser Lehrplan alle Unterrichtsgegenstände enthält, die an den Gesetzen für die öffentlichen Schulen vorgeschrieben sind. Die Geistlichen unterliegen ferner der Beaufsichtigung von Seiten der Akademie, welche allein autorisiert ist, ein Interdikt gegen alle Bücher zu erlassen, die gegen die Moral, die Konstitution oder die Gesetze des Landes verstoßen.

Die Vorlage bestimmt ferner, daß der Unterricht nur von Lehrern erteilt werden darf, die sich im Besitz einer staatlichen Bescheinigung befinden, die ihnen die Befugnis zum Unterrichten gibt. Es soll jedoch den in den katholischen und anderen Privatschulen angestellten Lehrkräften zwei volle Jahre Zeit gegeben werden, sich dieses Attest, das eine vorherige Prüfung bedingt, zu verschaffen. Es wird ferner den säkularisierten Mönchen und Nonnen, von denen jetzt viele Unterricht in Parochial-Schulen erteilen, ein Attest verlangt, durch welches amtlich bestätigt wird, daß sie keinem geistlichen Orden angehören, dem das Unterrichten verboten ist.

— Wie sich herausstellt, sind beim Untergang des französischen Dampfers „General Chanzy" an der Nordküste der Insel Mallorca im mittelländischen Meer 156 Menschen ertrunken. Nur ein einziger wurde gerettet, und er liegt gegenwärtig so schwer krank darnieder, daß er keine nähere Auskunft über das Unglück geben kann. Der Dampfer, welcher der französischen transatlantischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft gehörte, wurde aus seinem Kurs getrieben und in der Nacht von Donnerstag auf Freitag auf die gefährlichen Felsenriffe in der Nähe der Insel Mallorca geschleudert. Der Sturm, welcher das Unglück verursachte, war einer der heftigsten, welche seit vierzig Jahren das Mittelmeer heimgesucht haben.

Spanien.

— Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Kulturkampf in Spanien, der bisher nur unter der Asche glimmte, schon in absehbarer Zeit lichterlohe entbrennen wird. Man hält die Situation, wie sie sich zur Zeit in Spanien kundgiebt, identisch mit derjenigen in Frankreich kurz vor der Trennung der Kirche vom Staat.

Das liberale Element setzt große Hoffnungen auf den neuernannten radikalen Premierminister Canalejas, der auch kein Hehl daraus macht, daß er den Einfluß der katholischen Kirche in Spanien einzuschränken sucht und vorerst bedacht ist, ein öffentliches Schulsystem einzuführen, das auf breiter, dem nationalen Fortschritt hervorragender Basis aufgebaut ist. Er wird diesen Punkt als einen integrierenden Teil seines Programms betrachten.

Es hat sich nunmehr herausgestellt, daß die liberale Partei die Berufung Canalejas' zum Ministerpräsidenten dazu benutzt gelegen hat, indem sie mit Bestimmtheit darauf rechnete, daß er den vereinten Angriffen der Rechten und Gemäßigt-Liberalen nicht Stand halten könne und daß dann logischerweise wieder der frühere Premier Maura oder ein anderer Konservativer an das Ruder kommen werde, der der katholischen Kirche den nötigen Schutz angedeihen läßt.

Es hat aber ganz den Anschein, als ob Canalejas nicht nur die Unterstützung der radikalen Fraktion, sondern des ganzen liberalen Elementes erwarten darf. Die Kammermehrheit ist liberal und nur durch verschiedene Zwischenstreitigkeiten gespalten; sollten sich die Liberalen um Canalejas scharen, so wird es ihm ein Leichtes sein, seine Projekte durchzuführen; sollte er indessen gestürzt werden und der Reaktion hierdurch abermals die Oberhand gewinnen, so wird das liberale Element dadurch mehr und mehr in das Lager der Republikaner gedrängt werden, die jederzeit bereit wären, die Monarchie zu stürzen, sobald sie sich stark genug dazu fühlen. Es dürften somit auf alle Fälle in absehbarer Zeit wichtige Ereignisse in Spanien erwartet werden.

Die Katholiken in ganz Spanien halten zur Zeit Protestversammlungen gegen die Wiedereröffnung der sogenannten freien oder religionslosen Schulen ab. Drei dieser Schulen wurden eröffnet, und zwar in San Sebastian, Santiago und Magarola. In Santiago wurde ein Hirtenbrief des Papstes verlesen. Aber die Sozialisten halten Gegenversammlungen und Gegendemonstrationen ab und die Polizei hat an verschiedenen Orten energische Maßnahmen ergreifen müssen, um offene Straßenkämpfe zwischen den klerikalen und antiklerikalen Zuhörern zu verhindern.

Pablo Iglesias, einer der sozialistischen Führer, hielt eine Rede, in welcher er die Ermordung des früheren Premiers Maura prophezeite, für den Fall, daß dieser wieder ans Ruder gelangt.

Eine Spezialdepesche aus Teneriffe meldet, daß der Luftschiffer Jorge Brooks bei seinem Versuch, den Atlantischen Ozean in einem lenkbaren Luftschiff zu kreuzen, von Oberst Shaw und J. Mühler begleitet sein wird. Als Fahrzeug wird der lenkbare Ballon „Orotava" benützt werden. Die Luftschiffer werden New York über Porto Rico und Cuba vom Süden aus zu erreichen bestrebt sein.

Türkei.

— In Kleinasien mehren sich die Anzeichen, daß ein neues Gemetzel unter den Armeniern bevorsteht und die Pforte hat, um einem solchen vorzubeugen, schleunigst Truppen nach Marsh, Bitlis, Diarbekr und Bledjik geworfen. Seit einer Woche bereits ist in diesen Städten von einem Geheimkomite durch Maueranschläge zu einem allgemeinen Massacre der Armenier aufgefordert worden. Die Regierung ist sich der Tatsache bewußt, daß eine Wiederholung der Greueltaten von Adana ohne Zweifel zur Intervention der Westmächte führen würde und sucht dem vorzubeugen.

Vereinigte Staaten.

— Im Flotten-Departement traf der Bericht ein, daß auf dem neuen Schlachtschiff „Virginia", als es in den Hafen von Guantanamo auf Cuba einlief und den üblichen Salut abfeuern wollte, eine Explosion stattfand, bei welcher zwei Leute der Bedienungsmannschaft tötlich verletzt wurden.

Ein später eingelaufener Bericht besagt, daß das Geschütz intakt blieb und daß das Geschoß in demselben Augenblick explodierte, in dem es eingeschoben werden sollte. Der Geschützmaat 3. Klasse, J. Irban, sowie der Geschütz-Maat 2. Klasse, T. W. Brunner, welche das Geschütz bedienten, wurden schwer verletzt. Man hielt ihre Verletzungen zuerst für tötlich, doch waren die Aerzte nach genauer Untersuchung der Wunden der Ansicht, daß Beide mit dem Leben davon kommen werden. Irban's Hand wurde total abgerissen und es mußte sofort eine Amputation des Vorderarmes vorgenommen werden, um den Brand zu verhüten. Brunner erlitt schwere Brandwunden im Gesicht und auf der Brust. Beide Verletzte wurden sofort nach dem Hospitalschiff „Solace" verbracht. Soweit im Flotten-Departement bekannt ist, wurde außer diesen Beiden Niemand verletzt.

Kontre-Admiral Schrader, der Befehlshaber des Geschwaders, hat eine Untersuchung über die Ursache des Unfalles angeordnet.

— Frau Theodore Roosevelt und ihre Tochter Ethel fuhren am Dienstag auf dem Dampfer „Hamburg" nach Europa ab und werden von dort aus nach Afrika reisen, um im März mit Herrn Roosevelt in Khartum, Egypten, zusammenzutreffen. Es heißt, daß Frau Roosevelt noch vor Juni nach den Ver. Staaten zurückkehren wird wegen der Verlobung ihres Sohnes Theodore jun., aber dieser Bericht konnte nicht bestätigt werden.

— Prof. Donald McMillan, der wissenschaftliche Begleiter Pearys bei seiner erfolgreichen Nordpol-Expedition, sprach am Montag die Erwartung aus, daß Expräsident Roosevelt zum Leiter der amerikanischen antarktischen Expedition gewonnen werden könne. Diese Frage wurde unter den voraussichtlichen Teilnehmern der Expedition schon verschiedentlich in Erwägung gezogen, und Prof. McMillan hofft, Roosevelt zur Annahme des Postens bewegen zu können.

Nikaragua.

— Die schweren Feldgeschütze, die von den nikaraguanischen Regierungstruppen am Sonntag rings um die am 10. Februar von Chamorros Truppen besetzte Stadt Matagalpa aufgefahren worden waren, eröffneten am Montag das Bombardement auf die Stadt. Ehe das Bombardement begann, wurden die Nichtkombattanten in der Stadt, und besonders der amerikanische Konsularagent dort, W. H. Delaigny, von der Absicht der Regierung in Kenntnis gesetzt und ihnen Zeit gegeben, die Stadt zu verlassen; Delaigny protestierte gegen das Bombardement, das nichtsdestoweniger eröffnet wurde.

Die Regierungstruppen stehen unter dem Befehl des General Lara, der von den Generalen Chavarria und Porto Carrero unterstützt wird. Die Gesamtstärke ihrer Truppen soll etwa 3000 Mann sein. Die Beschießung der Stadt wurde später wieder eingestellt, kann aber jeden Augenblick wieder beginnen. Dieselbe dauerte verschiedene Stunden, es ist aber noch nichts bekannt, welchen Schaden dieselbe anrichtete.

Mandschurei.

— Chan Angan, der Koreaner, welcher am 26. Oktober 1909 den Fürsten Ito, früheren Generalresidenten von Korea, in Harbin ermordete, wurde am Montag in Port Arthur schuldig befunden und zum Tode verurteilt.

Angan war früher ein Redakteur und soll ein Mitglied einer geheimen Organisation gewesen sein, welche den Zweck verfolgte, den Fürsten Ito zu ermorden.

The Regina Lumber & Supply Co., Ltd.

Aeltestes Bauholzgeschäft in der Provinz Saskatchewan.

Händler in allen Arten von Holz, Latten, Schindeln, Fensterrahmen, Türen, Fenstern und Verzierungen, Kalk, Ziegel, Cement, Kohle und allgemeine Baumaterialien.

Office, Warenhaus und Lager an Dewdney Str., östlich vom Elektrizitäts-Werk.

Unser Motto: Nur bestes Material. Gute Bedienung. Ein Preis für Alle.

Imperial Bank of Canada.

Autorisiertes Kapital	$10,000,000
Eingezahltes Kapital	$ 5,000,000
Reserve-Fond	$ 5,000,000

Zweigbanken in Saskatchewan.

Balgonie, Broadview, Rosthern, Prince Albert. Desgleichen in allen Hauptorten Canadas.

Sparbank-Abteilung.

Zinsen bezahlt auf Depositen vom Tage der Eintragung an und halbjährlich zum Kapital zugerechnet.

J. A. Wetmore, Mgr., Regina Zweig.

UNION BANK OF CANADA

Gegründet 1865

Totalbestand 30. Oktober 1909 über $42,000,000

Ein Spar-Konto hilft.

Die Anlage eines Spar-Kontos in der Union Bank macht es leichter zu sparen. Es wird Euch zur Gewohnheit, mehr oder weniger regelmäßig, kleine Geldsummen zu hinterlegen, die sonst schnell ausgegeben sein würden. Am Ende des Jahres, mit hinzugefügten Zinsen, habt Ihr ein ziemliches Guthaben und Ihr habt die Einlagen kaum vermißt. Ein Spar-Konto in der Union-Bank ist eine Reserve, die für mögliche Krankheit oder finanzielle Verluste versorgen soll. Warum nicht gleich eins anlegen?

Regina Zweig, ... B. B. Carter, Manager.

Pense Zweig ..... J. J. Griffin, Manager.

Bestellzettel.

Unterzeichneter bestellt hiermit den Saskatchewan Courier

für ein Jahr .....

Name: .....

Datum: .....

Post-Office .....

Saskatchewan Courier Publ. Co., Regina.